

MONITORIUM RECHTS

#HEFT 04

Völkische Siedler*innen
in Sachsen



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

**#UNSINTERES
SIERT VER
AENDERUNG**

EINLEITUNG

Völkische Siedler kaufen Höfe und Häuser in ländlichen Räumen. Seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug solcher Ansiedlungen in Sachsen zu beobachten. Sie sorgen dafür, dass Gleichgesinnte - Neonazis und extreme Rechte - nachziehen. Netzwerke etablieren sich, die das eigene wirtschaftliche Auskommen sichern, den eigenen sozialen Zusammenhang stärken und es ermöglichen, sich kulturell und politisch in den Gemeinden einzumischen.

Betroffene Gemeinden und Kommunen erkennen die Gefahr häufig zu spät. Anfangs überwiegt die Freude über den Zuzug von jungen Familien in die Gemeinde. Zudem gehen die neuen Mitbewohner*innen zunächst nicht unbedingt mit ihrer Einstellung im Ort hausieren. Aus der Ferne betrachtet, machen sie eher den Eindruck von ökologisch Interessierten, die aus der Großstadt geflohen sind.

Unter dem Radar laufen lassen und nicht öffentlich problematisieren - so reagieren Gemeinden und Kommunen mitunter, wenn der neonazistische Hintergrund der Neuen auffällt. Man will sich ja nicht das Image einer Neonazi-Hochburg einhandeln. Niemand soll beim Zeitung lesen den Eindruck bekommen, dass man die Völkischen hier willkommen heiße.

Jedoch, haben die völkischen Siedler erst Fuß gefasst ist die Gefahr groß: Die rechten Netzwerke haben sich im Sozialraum ausgebreitet, Neonazis verkaufen Bio-Gemüse an die Bevölkerung und nutzen Gespräche für die Verbreitung ihrer men-

schenfeindlichen Ideologie, zahlreiche Kinder tragen ihre zutiefst rassistische, antisemitische und sozialdarwinistische Erziehung selbstbewusst in die Schulen der Region - die Saat ist ausgebracht.

WICHTIGSTE INHALTE UND ZIELE DER VÖLKISCHEN SIEDLER

Völkische Siedler beziehen sich in ihrem Weltbild auf die sogenannte völkische Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts entstand. Anhänger*innen der Bewegung unterliegen auch heute noch dem Irrglauben, dass nur Menschen, von denen sie selbst denken, dass sie der gleichen Abstammung entspringen, miteinander leben könnten. Dieses Denken führte schon in der Vergangenheit zu fürchterlichen Konsequenzen. In der Zeit des Nationalsozialismus war - und heute ist - in rechten Kreisen die „deutsche Volksgemeinschaft“ zum zentralen Begriff geworden. In der homogenen Volksgemeinschaft sehen rechtsextreme Familien ihren anzustrebenden Gesellschaftsentwurf. Diese Volksgemeinschaft imaginiert sich als organische Einheit, als ein »Volkskörper«, dem man nur durch blutsmäßige Verbundenheit angehören kann und dem sich der Einzelne unterordnen muss. Die Interessen des Einzelnen zählen gegenüber dem Wohl des »Volkes« nicht. Die Verpflichtung, der »Volksgemeinschaft« zu dienen, sehen sie als ein Naturgesetz, das der Mensch von Geburt an zu befolgen habe. Volksgemeinschaft verstehen sie als einen Lebensentwurf, frei von allem, was ihnen bedrohlich oder "entartet" vorkommt- also frei von allem was eine

demokratische Gesellschaftsordnung ausmacht – Modernität, Vielfalt, Freiheit und Gerechtigkeit. Den "Erhalt der Volkssubstanz" sehen die Völkischen als ihre Kernaufgabe – auch wenn bekannt ist, dass so etwas nie existiert hat.

So sind die Familien der völkischen Siedler fest verwurzelt in einem rassistischen, sozialdarwinistischen und antisemitischen Weltbild. Die biologistische Definition von „Volksgemeinschaft“ ist eng verbunden mit der Forderung nach einem »artgemäßen« Leben. Das betrifft die Gestaltung der Kindererziehung genauso wie das gelebte Geschlechterverhältnis, die Form des Wirtschaftens und die Welterklärungsvorstellungen – nicht weniger als den gesamten Alltag der Familien. Die Idee der Ansiedlung in einem bestimmten Gebiet, um "das eigene Volk" zu erhalten, lässt sich im historischen Kontext auf ein Grundelement nationalsozialistischer Ideologie zurückführen: die „Blut und Boden“-Ideologie.

Die Erziehung der Kinder ist für völkische Siedler ein zentrales Anliegen. Die Familien suchen sich gezielt Räume, in denen sie so weit wie möglich ungestört agieren und erziehen können. Die Kinder werden nach einer klaren Geschlechterordnung zu "richtigen" Männern und "wahren" Frauen erzogen. Es handelt sich hier um Männer- und Frauenrollen und Geschlechterbilder, die in der Mehrheit der Gesellschaft als überkommen, gefährlich und diskriminierend wahrgenommen werden. Die Jungen werden zur Härte gegen sich und andere erzogen, inklusiv Kampfsportunterricht und körperlichem Drill. Mädchen werden auf ihre „natürliche“ Rolle als Mutter vorbereitet, lernen Wirtschaften und Kochen. Dies passiert vorrangig in den Familien ergänzt durch von völkischen Jugendverbänden organisierte gemeinsame Fahrten und Zeltlager. Hier werden Gemeinschaft und Drill zur in sich ge-

geschlossenen Erlebniswelt. Als "artfremd" und verhasst gelten geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, plurale Rollenvorstellungen und die Migrationsgesellschaft. All das soll von ihren Kindern ferngehalten werden.

Auch die Form des Wirtschaftens und Lebens folgt der völkischen Ideologie. Es gibt keine unpolitischen Räume. Das Leben auf dem Land, Ökolandbau, selbst hergestellte Lebensmittel, eine biologische Ernährung, Brauchtumpflege und ein möglichst naturnahes Leben dienen den Völkischen auch zur Abgrenzung von sogenannten „volksfremden“ Lebensformen und den vermeintlich schädlichen Einflüssen großstädtischen Lebens.

Eine genaue Definition, was „Volk“ sein soll, bleiben sie – wie alle Neonazis und extreme Rechte – logischerweise schuldig, denn „Rassen“ haben nie existiert und die Geschichte der Menschheit wurde von Migration, kulturellem und wissenschaftlichem Austausch über Jahrtausende positiv beeinflusst.

Trotzdem, so substanzlos diese alte völkische Idee ist, so gefährlich ist sie auch. Alle Menschen, die nicht als „deutsch“ definiert werden, und Menschen, die sich Neonazis entgegenstellen, werden als Bedrohung verstanden, der es mit einem Abwehrkampf zu begegnen gilt.

Die völkischen Gruppen suchen daher gezielt nach Räumen, in denen sie eine möglichst homogene weiße Bevölkerung vorfinden. Dabei handelt es sich einerseits um einen Rückzug aus den Regionen, in denen die Verschiedenheit von Lebensentwürfen und Multikulturalismus weitgehend akzeptiert und gelebt werden. Andererseits wird aus dem Rückzug ein brandgefährliches Projekt, besonders im Osten Deutschlands. Hier begünstigen mehrere Parameter eine Ansiedlung. Deindustrialisierung

und Strukturschwäche haben zu einem demografischen Wandel geführt. Viele, vor allem junge Menschen sind weggezogen und nur wenige wollen zuziehen. Höfe und Häuser sind günstig zu erwerben. Der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationsbiografie ist relativ gering, vergleichsweise viele Menschen stehen rechtsextremen Parteien und Ideologien nicht ablehnend gegenüber. Ein idealer Ort also, um die eigene „Blut und Boden“-Ideologie umzusetzen, sich anzusiedeln und die eignen Kinder als „völkische Elite“ zu sozialisieren.

Einige der völkischen Siedlungsprojekte gehören zur ökologisch-esoterischen Anastasia-Bewegung, deren Glaubenslehre auf den Büchern von Wladimir Megre u.a. "Anastasia - Tochter der Taiga" beruht.

Offizielle Statistiken zur Anzahl völkischer Siedlungsprojekte sind nicht bekannt. In den letzten Jahren sind durch Anfragen an Beratungsstellen und durch Publikationen, z.B. der Amadeu Antonio Stiftung, Niederlassungen völkischer Siedler in Bayern, Hessen, der Lüneburger Heide, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein bekannt geworden.¹

AKTIVITÄTEN DER VÖLKISCHEN SIEDLER IN SACHSEN

Im Jahr 2016 wurde bekannt, dass sich der Adoria Verlag in Naunhof bei Leisnig angesiedelt hatte. Der rechtsextreme Verleger Dankwart S. und seine Frau sind keine Unbekannten: Beide waren frü-

her bei der „Einheit Nordland“ der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) aktiv.² Die Bandbreite der inzwischen verschiedenen unter seinem Namen laufenden Verlage reicht von faschistischer Theoriebildung bis hin zur recht einseitigen Betrachtung des Zweiten Weltkriegs. Seine Frau Bente S. war früher Mitherausgeberin der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ – einem völkischen Blatt, das sich bis Ende 2019 gezielt mit ökologischen Fragen auseinandersetzte.

Spätestens seit dem Sommer 2018 war klar, dass sich faschistische und völkische Familien rund um Leisnig systematisch ansiedelten.

Neben der Familie von Christian F. und der Familie S. waren noch andere gekommen, so zum Beispiel der ehemalige Mitarbeiter der Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern Lutz G.. Er war ebenfalls in der 2009 durch das Bundesinnenministerium verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend aktiv.

Seit dem Frühjahr 2020 wird die Ansiedlung in den östlichen Bundesländern auch ganz gezielt propagiert. Die Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ nimmt eine Scharnierfunktion zwischen verschiedenen rechten Gruppen ein und forciert somit die Ausbildung einer faschistischen Bewegung in ländlichen Räumen. Die Initiative bewirbt explizit die Ansiedlung nationaler Familien und hilft mit Einschätzungen zur Region, zum Immobilien- und Arbeitsmarkt. Darüber hinaus vermittelt sie Kontakte zu rechten Strukturen vor Ort. Die Initiative wird auch von Akteur*innen der völkischen Siedlungsbewegung aus der Region um Leisnig mitgetragen.

Ein gezielter Zuzug von völkischen Familien in einer Region ist nicht neu. Dafür gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder Beispiele in

1 - https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/voelkische_siedler_web-1.pdf

2 - Röpke, Andrea/Speit, Andreas: Mädelsache!: Frauen in der Neonazi-Szene. S. 198f. Ch.Links, Berlin 2012

den ostdeutschen Bundesländern. Auch in Sachsen waren in der Vergangenheit entsprechende Entwicklungen zu beobachten. Beispielsweise erwarb das inzwischen verstorbene Paar Raimund und Sylvia Bachmann, eine aus Österreich stammende völkische Familie, 1999 das alte Wasserschloss in Noschkowitz und lebte hier mit seiner großen Familie. In Cossen, einem Ortsteil von Lunzenau, befindet sich ein Vierseitenhof, der Ausrichtungsort der Maifeste der Mitteldeutschen Volkstanzkreise (2009) und einer Feier des völkischen Jugendbundes Sturmvogel (2017) war.

In der Region Leisnig treten die völkischen Siedler inzwischen als Redner und Initiatoren von Demonstrationen auf. So konnte man im Frühjahr 2021 beobachten, wie sie bei Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie aktiv waren. Es ist davon auszugehen, dass sie sich auch in anderen Kontexten politisch betätigen werden.

In Sachsen existieren inzwischen mehrere Höfe von völkischen Siedlern, die ein Netzwerk bilden. Als Schwerpunktregion lässt sich dabei der Landkreis Mittelsachsen ausmachen. Darüber hinaus sind einzelne Ansiedlungen auch in den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Meißen und Zwickau bekannt. Bemühungen, Projekte der Anastasia-Bewegung umzusetzen, gibt es derzeit beispielsweise in den Landkreisen Görlitz und Sächsische Schweiz - Osterzgebirge. Es ist davon auszugehen, dass ein hohes Dunkelfeld existiert, weil einige völkische Siedler*innen in den ersten Jahren nach ihrer Ansiedlung eher nicht in der Öffentlichkeit agieren.

Warum nun die Ansiedlung in Mittelsachsen? Neben den günstig zu erwerbenden Immobilien scheint vor allem eins anziehend zu sein: Man ist hier ungestört unter sich, versucht sich in Selbst-

versorgung und kann wirtschaftliche und soziale Netzwerke aufbauen. An den Schulen wird mit wenig störenden Einflüssen gerechnet, eine kritische Zivilgesellschaft scheint zunächst nicht zu existieren und von Verwaltungsseite droht auch keine nennenswerte Störung. Gleichzeitig wähnt man sich in einem gesellschaftlichen Klima, welches die rassistischen Positionen mitträgt: „Mich hat das schon manchmal gewundert, dass der [...] normale Bewohner Mitteldeutschlands [...] teilweise radikaler in seinem freien Sprechen ist als Nationalisten in Westdeutschland“³, so einer der Akteure der Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“.

HANDLUNGS- MÖGLICHKEITEN

Der langjährige stillschweigende Umgang seitens der betroffenen Gemeinden verfolgt meist das gleiche Ziel: man möchte möglichst wenig über die Ansiedlungen bekannt werden lassen, um nicht das Stigma eines rechtsextremen Ortes zu bekommen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die verantwortlichen Verwaltungen, die zuständigen Politiker*innen und andere damit ungewollt einem der wichtigsten Anliegen der völkischen Siedler entgegenkommen – so weit wie möglich ohne öffentliche Wahrnehmung Strukturen vor Ort aufbauen und allmählich in den Gemeinden ankommen zu können. Einmal fest in das soziale und wirtschaftliche Leben eines Ortes integriert, gelingt es sehr viel leichter, lokale Diskurse mitzubestimmen. Dies haben die betreffenden Personen in der Vergangenheit immer wieder so praktiziert.

Strategien für einen Umgang vor Ort

Für den Umgang mit völkischen Siedlern ist es sinnvoll, die spezifische Situation in den Gemeinden in den Blick zu nehmen und lokale Strategien zu entwickeln. Es ergeben sich verschiedene Handlungsfelder:

- Umgang in Gemeinden
- Umgang in Vereinen
- Umgang in Geschäftsbeziehungen
- Pädagogischer Umgang mit den Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und bei Trägern der Jugendhilfe
- Umgang auf kommunalpolitischer Ebene

Unerlässlich, so die Erfahrung aus der Arbeit der Mobilen Beratung, ist die Information der Öffentlichkeit, um die Problemlagen überhaupt bearbeiten zu können. Dabei kann es nicht um die Stigmatisierung der Orte gehen, sondern vielmehr um eine Aufklärung der Situation. Erst durch das Benennen und Anerkennen des Problems können in den Gemeinden und Institutionen Auseinandersetzungsprozesse beginnen, die ein gemeinsames Annähern an die Probleme vor Ort ermöglichen. Nur auf dieser Basis lassen sich passende Strategien entwickeln. Dabei ist Verwaltungshandeln mit ordnungspolitischen und polizeilichen Maßnahmen wichtig, stellt aber nur einen Teil der Lösung dar. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Einzelpersonen ist wesentlich. Nur gemeinsames Handeln wird hilfreich sein. Und dazu gehört zunächst die Information der Öffentlichkeit in den betroffenen Gemeinden, verbunden mit Angeboten zur Bearbeitung.

Gezielte und spezifisch angepasste pädagogische Konzepte für Schulen und Kindertagesstätten bieten die Möglichkeit, die Kinder und Jugendlichen zu

stärken und Auswege aus den ihnen vorbestimmten Wegen zu ermöglichen. Orte für die Erarbeitung von Strategien können beispielsweise lokale Arbeitsgruppen sein, die die verschiedenen Perspektiven bündeln und miteinander unterschiedliche Vorgehensweisen entwickeln.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. hat in der Vergangenheit beratend und moderierend bei der Gründung solcher Arbeitsgruppen zur Seite gestanden und ist ein Ansprechpartner für Menschen aus der Region, die bereit sind, sich in einem geschützten Rahmen über völkische Ansiedlungsprojekte auszutauschen und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu den völkischen Siedlern, ihren Zielen, Aktivitäten und der völkischen Ideologie kann auch dazu beitragen, weitere Ansiedlungen zu verhindern.

*Das "Monitorium Rechts" ist eine Schriftenreihe des Kulturbüro Sachsen e.V. und seiner Mobilen Beratungsteams. Mit Hilfe dieser Publikation wird auf wenigen Seiten der Scheinwerfer auf aktuelle Einzelphänomene der extremen Rechten in Sachsen geworfen. Damit sollen aktuelle Informationen über die rechte Szene noch schneller die Öffentlichkeit erreichen und diese fokussiert informieren. Die vierte Ausgabe des Monitorium Rechts widmet sich den Erkenntnissen über Völkische Siedler*innen in Sachsen.*

Impressum

Herausgeber:
Kulturbüro Sachsen e.V.
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende!
IBAN: DE28 8502 0500 0003 5873 01
BIC: BFSWDE33DRE

V.i.S.d.P.:
Grit Hanneforth,
Geschäftsführerin Kulturbüro Sachsen e.V.

Layout, Satz:
Nadine Rothe

Redaktionsschluss: 15.06.2021

Monitorium bedeutet Warnung oder Mahnung.

*- Der Begriff kommt aus dem lateinischen
und wurde in der Rechtssprache benutzt. -*

Die Mobile Beratung des Kulturbüro Sachsen e.V. wird gefördert durch:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA sowie des Freistaates Sachsen dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen und der Herausgeber die Verantwortung.